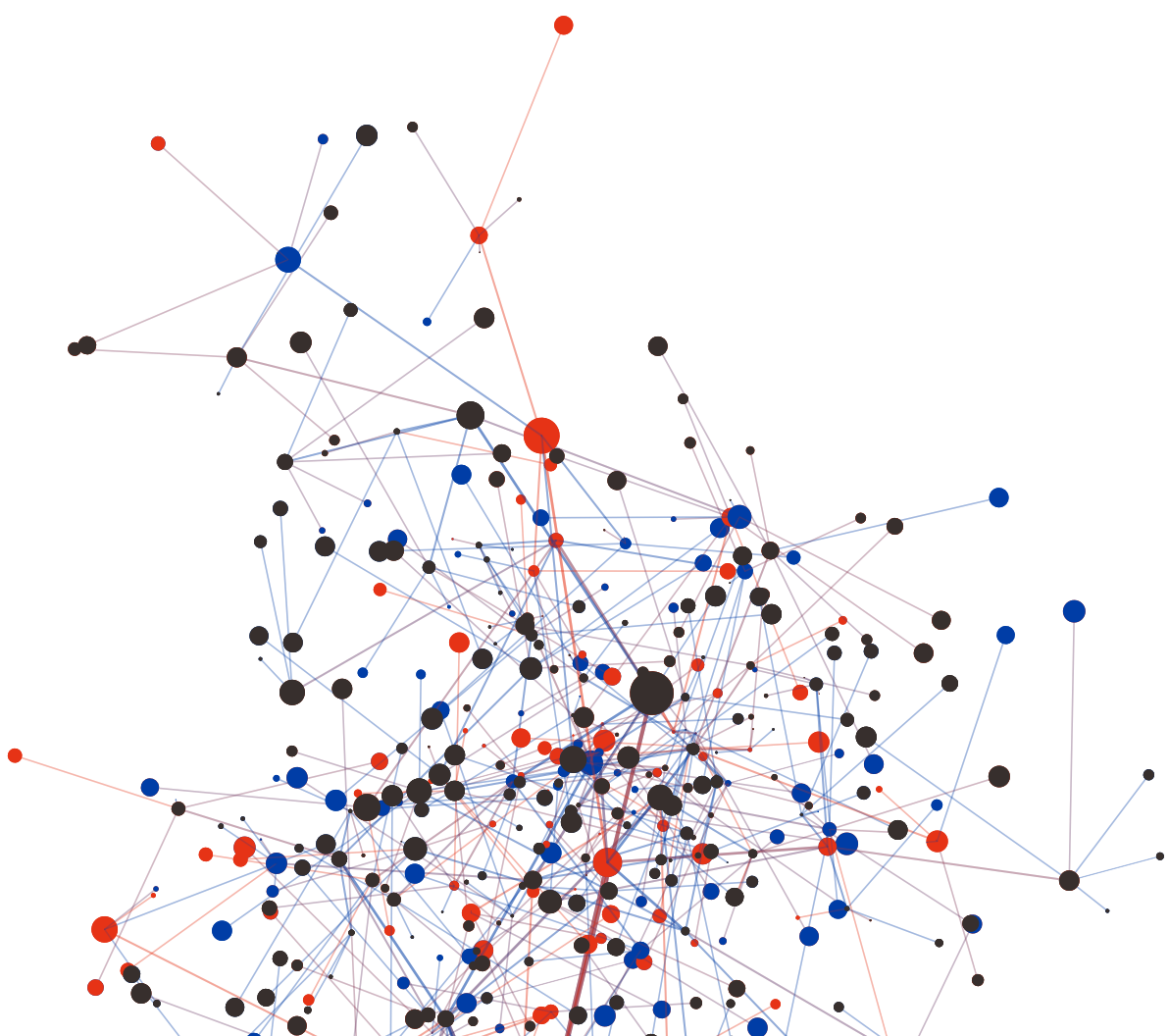


TILO GIESBERS UND ULRICH PETERS

ABSTIMMUNGS- VERHALTEN DER AFD IM BUNDESTAG



TILO GIESBERS UND ULRICH PETERS

ABSTIMMUNGS- VERHALTEN DER AFD IM BUNDESTAG

TILO GIESBERS ist freier Journalist und beschäftigt sich seit den 1990er Jahren mit der extremen Rechten und mit Gegenstrategien. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören insbesondere Wahlauftritte von extrem rechten Parteien.

ULRICH PETERS lebt und arbeitet in Berlin. Als freier Journalist beschäftigt er sich mit verschiedenen Erscheinungsformen der extremen Rechten. Er gehört zum Redaktionskollektiv des *Antifaschistischen Infoblatts*.

IMPRESSUM

STUDIEN 8/2020, 2. veränderte Auflage
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: September 2020
Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Vorwort	4
1 Einleitung	5
2 Auswertung des Abstimmungsverhaltens	6
3 Untersuchungsergebnisse	7
3.1 Themenfeld Arbeit und Soziales	8
3.2 Themenfeld Wirtschaft und Energie	10
3.3 Themenfeld Inneres und Heimat	12
3.4 Themenfeld Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14
4 Fazit	16
Anhang	17

VORWORT

Außenseiterstellung, Opferinszenierung und Eliten-Bashing sind zentrale Elemente in der Eigendarstellung der AfD. Der Anspruch, einzige politische Alternative zu den von ihr häufig so genannten «Altparteien» zu sein, beruht vor allem auf dieser behaupteten prinzipiellen Unterscheidung zu allen anderen Parteien. Für die AfD ist diese Inszenierung von hoher Bedeutung, versucht sie doch, aus ihr einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit und des Zuspruchs ihrer Anhänger*innen zu ziehen. Nur wenn sie sich als völlig anders präsentiert und vom bestehenden politischen System abgrenzt, kann es ihr gelingen, als «Anti-System-Partei» viele Menschen mit ihrem Unmut und Zorn sowie unterschiedlich motivierter Kritik an herrschender Politik hinter sich zu sammeln. Als Partei einer modernisierten radikalen Rechten knüpft die AfD damit immer wieder an Formen der Demokratieverachtung an, wie sie seit der Weimarer Republik kennzeichnend für diese Richtung sind.

Exemplarisch zeigt das ihr Bundestagsabgeordneter Thomas Seitz, der in einer Bundestagsdebatte zum Thema Parteienfinanzierung im Juni 2018 sagte: «Der AfD wird oft vorgeworfen, die parlamentarische Demokratie zu verachten. Das ist falsch. Was wir verachten, ist die von Ihnen, den Altparteien, geschaffene erbärmliche Parteiendemokratie. Diese Verachtung haben Sie uns durch Ihre jahrzehntelange Missachtung des Willens des Souveräns, nämlich des deutschen Volkes, gründlich gelehrt. So wie Sie den Willen des deutschen Volkes verachten, so verachten Sie das deutsche Volk selbst und entsprechend handeln Sie.» (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 40. Sitzung, S. 3912) Dieses an Carl Schmitt orientierte identitäre Demokratieverständnis ist ein Strang der Politik der AfD im Bundestag. Hier wird das Plenum als Bühne genutzt, um die Institutionen der Demokratie generell lächerlich und verächtlich zu machen.

Gleichzeitig ist die AfD jedoch eine Fraktion wie jede andere im Bundestag. Sie nutzt die vorhandenen

Möglichkeiten einer Oppositionsfraktion und verhält sich pragmatisch zu den Anträgen und Gesetzentwürfen von Regierung und anderen Oppositionsparteien. Mehr noch: Sie zeigt sich in der Alltagsarbeit des Parlamentarismus gerade nicht als prinzipielle Alternative, sondern als Teil eines konservativen und marktradikalen Lagers. Sachlichkeit, Pragmatismus und ideologiefreies Votieren für den besten Vorschlag attestiert sich die AfD selbst, doch zeigt ein Blick auf den parlamentarischen Alltag, dass sie in vielen Politikfeldern Teil des politischen Lagers rechts der Mitte ist bzw. als Teil einer «bürgerlichen Mitte» wahrgenommen werden will. Dieses Doppelgesicht der AfD spiegelt die unterschiedlichen Vorstellungen in ihrer Wählerschaft, in der sowohl die verbale Systemopposition als auch die pragmatische Interessenvertretung erwartet wird.

Die vorliegende Studie zum Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag zeigt anhand ausgewählter Politikfelder, dass die AfD keine grundsätzlichen Alternativen zum Bestehenden vertritt, ja, dass sie sogar recht häufig mit den Regierungsfractionen stimmt und damit implizit eine Stütze des von ihr so gehassten «Systems Merkel» ist. In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hingegen, wo sich die AfD nach außen gern als «Partei der kleinen Leute» darstellt, stimmt sie häufig mit den Marktradikalen der FDP. So entzaubert der Blick auf den parlamentarischen Alltag schnell die Selbstinszenierung der AfD als einzige Alternative zum bestehenden «Parteienkartell». Dieser parlamentarische Pragmatismus kann jedoch nicht überdecken, dass die AfD im Bundestag zugleich als radikal rechte, anti-plurale und demokratieverachtende Fraktion auftritt.

Daniela Trochowski, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag und Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, Juni 2020

1 EINLEITUNG

Die AfD inszeniert sich in allen Parlamenten immer wieder als einzige Alternative zu einem angeblichen «Altparteienkartell». Diesem gehe es lediglich darum, sich und andere zu bereichern, es finde keine Politik mehr im Sinne des «einfachen Bürgers» statt. Diese Position vertritt die AfD in Bezug auf alle anderen Parteien. Deswegen lag der Fokus der vorliegenden Studie vor allem auf der Frage, ob die Trennlinien zwischen der AfD und den «Altparteien» wirklich so klar sind, wie die AfD suggeriert.

Dafür wurden für den Zeitraum Mai 2018 bis Juni 2019 knapp 160 Drucksachen der im Bundestag vertretenen Fraktionen ausgewertet.¹ Konkret ging es darum, das Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion² in den Bundestagsausschüssen Arbeit und Soziales, Energie und Wirtschaft, Inneres und Heimat sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu untersuchen und in Beziehung zu dem der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen zu setzen. Wir wollten herausfinden: Wodurch zeichnet sich das Abstimmungsverhalten der AfD in diesen Ausschüssen aus? Wo gibt es Überschneidungen und inhaltliche Schnittmengen bei den Voten? Mit welchen Parteien gibt es die größten Übereinstimmungen? Inwieweit wird die AfD hiermit ihrem propagierten Anspruch, eine (System-)Alternative zu sein, gerecht?

Die Auswahl der Ausschüsse richtete sich danach, welche Themen für das Selbstbild der AfD besonders relevant sind. Anhand der Bereiche Arbeit und Soziales sollte überprüft werden, inwieweit die konkrete Politik der AfD-Bundestagsfraktion mit ihrer Selbstzuschreibung als «Anwalt der kleinen Leute» übereinstimmt. Ein Vergleich der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und des diesbezüglichen Abstimmungsverhaltens ist

deswegen interessant, weil es nicht zuletzt Professoren der Volkswirtschaft waren, die die AfD gründeten und zu Beginn dominierten. Das Thema Migration ist nach wie vor zentraler Bezugspunkt des parlamentarischen Wirkens der AfD und wird im Wesentlichen im Bereich Inneres behandelt. Familienpolitik ist schließlich die Kategorie, der sich wichtige Forderungen der AfD-Fraktion wie die nach Familienförderung, aber auch genderpolitische Initiativen zuordnen lassen.

Nicht im Fokus standen bei der Auswertung andere zentrale Positionen der AfD bzw. der radikalen Rechten weltweit, wie der Protektionismus bzw. die Ablehnung supranationaler Organisationen (EU, Vereinte Nationen usw.), die Leugnung des menschengemachten Klimawandels oder die aggressive Bekämpfung aller der AfD im Wege stehenden Kräfte (etwa «Altparteien», «Lügenpresse» oder «Antifanten»). Gleichwohl fanden sich entsprechende Ideologeme häufig zumindest implizit in den ausgewählten Dokumenten und/oder in den entsprechenden Debattenbeiträgen der AfD-Abgeordneten.

Zusätzlich wurden in die Untersuchung neben protokollierten Redebeiträgen zu den abzustimmenden Initiativen im Plenum sonstige medial und öffentlich zugängliche Positionen der AfD, die einen Bezug haben zu den ausgewählten Themengebieten, einbezogen. Dabei handelt es sich vor allem um das aktuelle Parteiprogramm sowie um Selbstdarstellungen der AfD. Zu berücksichtigen war, dass die Partei im untersuchten Zeitraum noch nicht in allen Bereichen ausgearbeitete politische Konzepte und Zielvorstellungen vorgelegt hatte. Dadurch war es nicht immer möglich, das Abstimmungsverhalten im Bundestag mit der Außendarstellung abzugleichen.

¹ Als Quellen der Auswertung dienten die Drucksachen des Bundestags zu den jeweiligen Anträgen sowie die Plenarprotokolle aus dem Zeitraum 15.5.2018 bis 28.6.2019, also aus den Sitzungen 31 bis 108 der laufenden 19. Legislaturperiode. Suchmaske unter <https://pdok.bundestag.de/index.php?start=pp>. ² Die AfD erlangte bei den Bundestagswahlen 2017 eigentlich 94 Sitze. Frauke Petry (Sachsen) und Mario Mieruch (Nordrhein-Westfalen) verließen die Partei aber schon unmittelbar vor der Fraktionsgründung. Die AfD-Fraktion hatte somit zu Beginn «nur» 92 Abgeordnete, darunter zehn Frauen. Uwe Kamann (Nordrhein-Westfalen) trat zum Jahresende 2018 aus Partei und Fraktion aus. Nach Ablauf des Betrachtungszeitraums verließen im Dezember 2019 Lars Herrmann und im Januar 2020 Verena Hartmann (beide Sachsen) ebenfalls Partei und Fraktion.

2 AUSWERTUNG DES ABSTIMMUNGSVERHALTENS

Bei der Zuordnung der Gesetzentwürfe und Anträge zu den Themen wurde sich an den entsprechenden Ausschüssen orientiert, soweit sie federführend für die Behandlung zuständig waren. Bei den Initiativen, die nicht in Ausschüssen behandelt, sondern gleich abgestimmt wurden, nahmen die Autoren die Zuordnung selbst vor. Durch die Orientierung an den federführenden Ausschüssen konnten einige Initiativen nicht in die statistische Auswertung einbezogen werden, die inhaltlich eigentlich zu den betrachteten Themenfeldern gehören. Dies betraf etwa Gesetzentwürfe zur geschlechtlichen Gleichstellung, die zwar familienpolitische Fragen berühren, bei denen aber der Rechtsausschuss federführend war.

Es erfolgte eine tabellarische Auswertung des Abstimmungsverhaltens aller Fraktionen zum Inhalt der jeweiligen Drucksachen. Unberücksichtigt blieben Abstimmungen zu Überweisungs- und sonstigen Verfahrensanträgen. Die im Beobachtungszeitraum zunächst drei bzw. später vier fraktionslosen Abgeordneten wurden nicht beachtet, da Angaben zu deren Abstimmungen in den Plenarprotokollen weitgehend fehlen. Da im Plenum des Bundestags sehr häufig nicht über die jeweiligen Initiativen selbst, sondern über Beschlussempfehlungen der behandelnden Ausschüsse abgestimmt wird, haben wir die statistische Auswertung entsprechend angepasst. Im Fall einer ablehnenden Beschlussempfehlung des federfüh-

renden Ausschusses wurde das Abstimmungsverhalten in einem nächsten Schritt umgerechnet, um die Zählbarkeit wiederherzustellen. Bei einem Ja zur empfohlenen Ablehnung einer Drucksache wurde angenommen, dass bei der ursprünglichen Drucksache mit Nein gestimmt worden wäre. Im Fall einer Ablehnung der ablehnenden Beschlussempfehlung wurde analog eine Zustimmung zur Ursprungsinitiative angenommen. Enthaltungen blieben unverändert, da davon ausgegangen wird, dass sich in einer Abstimmung über die ursprüngliche Drucksache auch enthalten worden wäre.

Weg eines Antrags oder Gesetzentwurfs:

- Einbringung durch Fraktion oder Regierung (1. Lesung im Bundestag und Überweisung an Fachausschuss);
- Debatte im zuständigen Fachausschuss und Mehrheitsvotum des Ausschusses (Beschlussempfehlung);
- erneute Debatte im Bundestag und Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Beispiel: Ein Antrag der LINKEN wird von der Mehrheit im Ausschuss abgelehnt, die Beschlussempfehlung des Ausschusses lautet daher auf Ablehnung. In der Abstimmung nach der abschließenden Debatte über diese Beschlussempfehlung erfordert eine inhaltliche Zustimmung zum LINKEN-Antrag eine Ablehnung (Nein-Stimme) zur Beschlussempfehlung.

Wie wurde das Stimmverhalten gewertet?

Abstimmung	Ja		Nein		Enthaltung	
	Stimmverhalten	Wertung als	Stimmverhalten	Wertung als	Stimmverhalten	Wertung als
direkt zur Drucksache	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung
zu zustimmender Beschlussempfehlung	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung
zu ablehnender Beschlussempfehlung	Ja	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Enthaltung

3 UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

Festzustellen ist, dass die AfD-Fraktion in den untersuchten Themenfeldern mit 13 Drucksachen am wenigsten initiativ war, auch im Vergleich zu den anderen Oppositionsparteien. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die AfD im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien das erste Mal eine Fraktion stellt und daher nicht auf eigene Anträge früherer Legislaturperioden zurückgreifen kann. Mit 23 Drucksachen folgt die FDP, 34 bzw. 35 Initiativen sind den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen bzw. DIE LINKE zuzuordnen. Hinzu kommt ein gemeinsamer Antrag der drei Letztgenannten.

Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion

Initiator(in)	Ja ³	Nein ⁴	Enthaltung ⁵	Summe
Bundesrat ⁶	0	2	0	2
Bundesregierung	16	21	6	43
AfD	13	0	0	13
CDU/CSU, SPD	3	4	1	8
FDP	7	12	4	23
B'90/Grüne	4	26	4	34
DIE LINKE	3	28	4	35
CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE	1	0	0	1
FDP, DIE LINKE, B'90/Grüne	0	1	0	1
Summe	47	94	19	160

Auffällig ist, dass die AfD-Fraktion diejenige ist, die den Anträgen aller anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen – also Anträgen der in Rückgriff auf das Vokabular der 1920er Jahre sogenannten Altparteien – am häufigstem zustimmte. Sie selbst begründet das mit «parlamentarischem Pragmatismus». So erklärte dazu etwa der AfD-Abgeordnete Sebastian Münzenmaier (Rheinland-Pfalz): «Und als echte Pragmatiker stimmen wir inhaltlich richtigen Anträgen auch zu, wenn sie von anderen Fraktionen kommen, meine Damen und Herren.»⁷ Dies gilt nicht nur für Anträge der anderen Oppositionsparteien, sondern in einem hohen Maße gerade für die der Bundesregierung. So hat die AfD im Untersuchungszeitraum 16 Drucksachen der Bundesregierung sowie nochmals drei Anträgen von CDU/CSU und SPD ihre Zustimmung gegeben. Mit deutlichem Abstand folgen FDP (sieben Zustimmungen), Bündnis 90/Die Grünen (vier Zustimmungen) und DIE LINKE (drei Zustimmungen). Hier ist zu fragen, wie diese hohe Zustimmungsrates mit dem Anspruch einer Fraktion vereinbar ist, die in den Bundestag mit der Ankündigung eines harten Konfrontationskurses einzog, sowie mit der Aussage ihres damaligen Spitzenkandidaten Alexander Gauland: «Da wir ja nun offensichtlich drittstärkste Partei sind, kann sich diese Bundesregierung [...] warm anziehen. Wir werden sie

jagen, wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen – und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.»⁸

Für den untersuchten Zeitraum bleibt festzuhalten, dass die Übereinkunft aller demokratischen Parteien, keinen Anträgen der AfD-Fraktion zuzustimmen, zumindest was die betrachteten Themenfelder angeht, Bestand hatte.

Abstimmungsverhalten bei AfD-Initiativen

Fraktion	ja	nein	Enthaltung	Summe
AfD	13	0	0	13
CDU/CSU, SPD	0	13	0	13
FDP	0	13	0	13
B'90/Grüne	0	13	0	13
DIE LINKE	0	13	0	13

Die 13 behandelten AfD-Anträge verteilen sich folgendermaßen auf die betrachteten Politikfelder:

Arbeit und Soziales	3
Wirtschaft und Energie	3
Inneres und Heimat	6
Familie	1

Abstimmungsverhalten der AfD im Vergleich mit anderen Fraktionen

Fraktion	AfD stimmt				Rest ⁹	
	mit		entgegen-gesetzt zu			
CDU/CSU	87	54%	54	34%	19	12%
FDP	83	52%	47	29%	30	19%
B'90/Grüne	48	30%	70	44%	42	26%
SPD	87	54%	54	34%	19	12%
DIE LINKE	50	31%	72	45%	38	24%

Eine vergleichende Betrachtung des Abstimmungsverhaltens zeigt, dass die AfD ungefähr gleich häufig, das heißt in mehr als der Hälfte der Fälle, mit den Regierungsfractionen und mit der FDP stimmte, dagegen nur etwa halb so oft mit Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN. Es bestätigt sich somit im Abstimmungs-

³ Einstimmige oder mehrheitliche Zustimmung. ⁴ Einstimmige oder mehrheitliche Ablehnung. ⁵ Einstimmige oder mehrheitliche Enthaltung. ⁶ Viele Gesetze müssen im Gesetzgebungsverfahren sowohl von Bundestag als auch von Bundesrat behandelt werden. Die meisten dieser Gesetze werden von der Bundesregierung oder Fraktionen des Bundestages eingebracht. In einigen Fällen resultieren Gesetzentwürfe aber auch aus Bundesratsinitiativen der Bundesländer. Bei Zustimmung des Bundesrats reicht dieser die Gesetzesentwürfe im Bundestag zur dortigen Behandlung ein. ⁷ Plenarprotokoll 19/69 vom 30.11.2018. ⁸ AfD-Politiker Gauland über Merkel: «Wir werden sie jagen», Bayerischer Rundfunk, 24.9.2017, unter: www.br.de/bundestagswahl/afd-politiker-gauland-ueber-merkel-wir-werden-sie-jagen-100.html. Das Zitat macht auch deutlich, dass es bei der «Jagd» nicht um Angela Merkel allein, sondern um alle geht, die nicht auf die Linie der AfD einschwenken. ⁹ Bei diesen Abstimmungen enthielt sich entweder die AfD oder die jeweils andere Fraktion.

verhalten die Eigen- und Fremdeinschätzung der AfD als Partei der politischen Rechten. Ihr selbstformulierter Anspruch, eine grundsätzliche Alternative darzustellen, scheint zumindest nicht inhaltlich fundiert zu sein, was die relativ hohe Zahl an Übereinstimmungen mit der Regierung zeigt.

3.1 THEMENFELD ARBEIT UND SOZIALES

Für das Themenfeld Arbeit und Soziales wurden insgesamt 47 Drucksachen ausgewertet. Zwölf davon gehen auf die Bundesregierung, drei auf die AfD, zwei auf die CDU/CSU und SPD, vier auf die FDP, neun auf Bündnis 90/Die Grünen und 17 auf die Partei DIE LINKE zurück.

Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion

Initiator(in)	ja	nein	Enthaltung	Summe
Bundesrat	0	0	0	0
Bundesregierung	1	9	2	12
AfD	3	0	0	3
CDU/CSU, SPD	0	1	1	2
FDP	2	2	0	4
B'90/Grüne	1	8	0	9
DIE LINKE	2	12	3	17
Summe	9	32	6	47

Die AfD stimmte im Politikfeld Arbeit und Soziales nur einer von 14 Initiativen der Regierung bzw. den Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD zu. Bei den Anträgen der FDP waren es zwei von vier (also die Hälfte), bei den Grünen und der LINKEN dagegen nur einer von neun bzw. zwei von 17 Anträgen (also rund 12 Prozent). Der mit 50 Prozent auffallend hohe Zustimmungswert zu FDP-Initiativen deutet auf erhebliche inhaltliche Überschneidungen hin (siehe hierzu weiter unten).

Abstimmungsverhalten der AfD im Vergleich mit anderen Fraktionen

Fraktion	AfD stimmt				Rest ¹⁰	
	mit		entgegen-gesetzt zu			
CDU/CSU	23	49%	18	38%	6	13%
FDP	27	57%	14	30%	6	13%
B'90/Grüne	13	28%	23	49%	11	23%
SPD	23	49%	18	38%	6	13%
DIE LINKE	7	15%	24	51%	16	34%

Auch ein vergleichender Blick auf das Abstimmungsverhalten der AfD und der anderen Fraktionen im Bereich Arbeit und Soziales zeigt: Mit gut 57 Prozent gibt es die höchste Übereinstimmung zwischen AfD und FDP. In fast der Hälfte der Fälle stimmte die AfD mit den Regierungsfractionen. Dagegen ergaben sich bei nur gut einem Viertel der Initiativen Übereinstimmungen mit B'90/Die Grünen und bei nur einem Siebentel mit der Partei DIE LINKE.

Ihrem Grundsatzprogramm von 2016 zufolge geht es der AfD in der Arbeits- und Sozialpolitik darum, Bürokratie abzubauen, die Bundesagentur für Arbeit aufzulösen und kommunale Jobcenter zu stärken sowie eine «aktivierende Grundsicherung» einzuführen. Soziale Sicherungssysteme sollen reformiert und die Familie soll in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt werden.¹¹ Die AfD fordert, Zugewanderte von finanziellen Hilfen auszuschließen und die Mittel lediglich «einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft»¹² zukommen zu lassen. Die AfD versucht, soziale Politik ethnisch zu fundieren, das heißt Bevölkerungsgruppen und Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen. Mit ihrer Sozialpolitik wendet sie sich zuvorderst an Angehörige einer unbestimmt definierten (Volks-)Gemeinschaft und deren wichtigste Trägerinnen (Mütter). «Ganz in der Tradition der Sozialpolitik von rechts sollen so Fragen nach Armut und Reichtum, nach Umverteilung, nach Klassenspaltung umgangen sowie die homogene und solidarische Volksgemeinschaft bestätigt werden.»¹³ Dazu bedient die Partei unter anderem immer wieder die Mär von der Einwanderung in die Sozialsysteme, auch wenn es dafür keinerlei empirischen Anhaltspunkte gibt. Im Bundesprogramm heißt es entsprechend: «Einwanderung in die sozialen Systeme ist Alltag. Zu den Kosten der Einwanderung gehören nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die langfristigen Kosten. Die Staatsangehörigkeit von SGB-II-Beziehern wird nicht aufgeschlüsselt und ist geheim. Damit ist die Zahl der als asylberechtigt Anerkannten, die dauerhaft im sozialen Netz verbleiben, nicht bekannt.»¹⁴

In ihrer arbeits- und sozialpolitischen Ausrichtung inszeniert sich die AfD gern als «Anwältin der kleinen Leute» und beruft sich dabei auf eine besondere «ostdeutsche Identität». Dafür stimmt die Partei auch Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE zu, wenn sie eben solche Narrative aufgreifen, derer sich die AfD zu bedienen versucht. Da die ostdeutschen Bundesländer die Region in Deutschland mit der größten Zustimmung zur AfD sind, überrascht dies nicht.

Ihrem Grundsatzprogramm folgend, setzt sich die AfD zum Beispiel dafür ein, dass Erziehungszeiten bei der Berechnung der «Rentenansprüche mit einem angemessenen Aufschlag zur Grundsicherung»¹⁵ berücksichtigt werden. Hieraus begründet sich Antrag Drs. 19/4843,¹⁶ der der Bekämpfung von Altersarmut dienen soll, und zwar «durch eine angemessene Freistellung der Renten bei der Einkommensanrechnung

¹⁰ Bei diesen Abstimmungen enthielt sich entweder die AfD oder die jeweils andere Fraktion. ¹¹ Vgl. AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 68 ff. ¹² Vgl. «Themen & Positionen» der AfD zur Sozialpolitik unter: www.afd.de/sozialpolitik/. ¹³ Wiegel, Gerd: Völkisch schlägt marktradikal. Sozialpolitische Ausrichtung der AfD: Partei will sich als «Anwalt der kleinen Leute» inszenieren. Neoliberale verlieren an Einfluss, in: Junge Welt, 13.2.2020, unter: www.jungewelt.de/artikel/372468.volkisch-schlaegt-marktradikal.html. ¹⁴ Vgl. AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 125 ff. ¹⁵ Vgl. «Themen & Positionen» der AfD unter: www.afd.de/sozialpolitik/. ¹⁶ Anrechnungsfreistellung der Mütterrente beziehungsweise der Rente für Kindererziehungszeiten bei der Grundsicherung im Alter, 61. Plenarsitzung am 8.11.2018.

im Rahmen der Grundsicherung, welche sich aus der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten» ergibt. Einen ähnlichen, aber inhaltlich weiterreichenden Antrag hat DIE LINKE gestellt (vgl. Drs. 19/29).¹⁷ Sie fordert hier ebenfalls die Erhöhung der Mütterrente sowie eine bessere Finanzierung von Kindererziehungszeiten. Die AfD unterstützte diesen Antrag.

Wie wichtig solche sozialpolitischen Initiativen mit Fokus auf die Lebenssituation vieler Menschen in Ostdeutschland für die Inszenierung der AfD als «neue Volkspartei» sind, zeigt eine entsprechende Debatte zu mehreren Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und AfD in der 99. Plenarsitzung im Mai 2019. Im Kern befassten sich alle Anträge mit DDR-Renten, insbesondere mit der Gleichstellung von Rentenanprüchen geschiedener Frauen in Ost und West. AfD-MdB Ulrike Schielke-Ziesing (Mecklenburg-Vorpommern) beklagte in der Sitzung: «Jährlich feiern wir den Tag der Wiedervereinigung, und dennoch leben wir weiterhin in einem getrennten Deutschland – nicht physisch durch eine Mauer, sondern durch eine geringere Wertschätzung der Lebensleistung der ostdeutschen Rentner.»¹⁸

Dass es in den behandelten Anträgen nicht um Rentenanprüche im Allgemeinen geht, wäre zwar für eine inhaltliche Auseinandersetzung von Bedeutung, um diese geht es der AfD aber gar nicht. Die selbsternannte «neue Volkspartei» funktioniert nur mittels des Ausschlusses auf Grundlage völkischer Kategorien. Der AfD geht es um Selbstinszenierung. So schlug auch der Fraktionskollege Jürgen Pohl in die gleiche Kerbe wie Schielke-Ziesing, als er nach der revisionistischen Anrede «Sehr geehrte Ost- und Mitteldeutsche!» sagte: «Es freut mich, dass wir hier heute einmal über die Wertschätzung der Lebensleistung von Ostrentnern reden; denn das Thema ist wichtig, und zwar nicht nur für den Osten, sondern auch für den Westen. Warum? Fast 30 Jahre nach der Einheit ist eine Debatte zum Thema Ostrenten immer noch eine Debatte über Diskriminierung, Missachtung und Altersarmut, und das ist traurig. Wenn Sie eine Spaltung in Ost und West und in Arm und Reich vermeiden wollen, dann sollten Sie aktiv an der Wiedervereinigung mitarbeiten. Die Menschen im Osten sind keine Menschen zweiter Klasse. Sie haben genauso hart gearbeitet wie die Menschen im Westen, wenn nicht sogar härter. Sie mussten noch das politische System ertragen. Ich sage Ihnen: Die AfD als neue Volkspartei wird sich weiter für diese Bürger einsetzen.»¹⁹

Festzuhalten ist, dass solche Inszenierungen – zumindest in den Anfängen der Bundestagsarbeit der AfD – verfangen konnten, da auch ein nicht unerheblicher Teil der Medien diese Inszenierung aufgriff. So kommentierte etwa die Tagesschau-Redaktion ebene Debatte: «Die AfD hat das Thema schon besetzt. Was Schwarz-Rot bei den Themen Rente und Soziales liegen lässt, will die AfD im Wahlkampfjahr, vor allem im Osten, abräumen.»²⁰ Kein Hinweis darauf, dass die eigentlichen inhaltlichen Anträge von der LINKEN

bzw. Bündnis 90/Die Grünen kamen. Auch dass die beiden in der entsprechenden Plenarsitzung von der AfD angekündigten «Anträge» die Bundesregierung lediglich zum Handeln auffordern sollten, ihnen aber kein eigenständiges sozialpolitisches Konzept zugrunde lag, fand keine Erwähnung.²¹ Zugleich übernahm die Tagesschau kritiklos das Narrativ der AfD, wonach sich diese zuvorderst für die Belange ostdeutscher Bundesbürger*innen einsetzt. Die Soziologin Natalie Rödel weist zu Recht darauf hin: «Ost versus West ist bis heute im medialen Diskurs eine feste symbolische Ordnungs- und Abgrenzungskategorisierung und keine primär geografische Einordnung. Die emotionale und symbolische Aufladung dieser Kategorisierung ist weiterhin viel größer, als dies bei der Unterscheidung Nord versus Süd der Fall ist.»²² Eben jene Aufladung macht sich auch die AfD in den Plenardebatten zu eigen. Hierbei, so die Einschätzung des Journalisten Henry Bernhard, zielt sie «auf die Wiederherstellung der Vergangenheit als Zukunftsprogramm».²³ Und in genau dieses Programm, so Bernhard weiter, lassen sich «alle Verlustängste projizieren, die Menschen in den neuen Bundesländern gemacht haben, weil sie ihre eigene, individuelle Lebensgeschichte und ihre eigenen sozialen Verwundungen in dieses Angebot einer großen Erzählung integrieren können».²⁴

Die Zustimmung der AfD-Fraktion zu Anträgen der FDP hingegen lässt sich wohl in erster Linie damit erklären, dass diese beanspruchen, den Mittelstand, Selbstständige und Kleinunternehmen zu fördern. Im untersuchten Zeitraum ist der Spagat zwischen den unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion, die sich zwischen Entlastung von Arbeitnehmer*innen und neoliberalen Aussagen bewegen, noch sehr präsent. In einem von der FDP eingebrachten Gesetzesentwurf (Drs. 19/434)²⁵ wurde «eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung» vorgeschlagen, um damit «die hohe Belastung mit Sozialbeiträgen, die gerade kleinere und mittlere Einkommen trifft», abzumildern. Ganz im Sinne ihrer Inszenierung als «neue Volkspartei», die vorgibt, es allen recht zu machen, konnte die AfD diesem Ansinnen ebenso zustimmen wie einem weiteren Antrag der FDP zur Lockerung des Umgangs mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (Drs. 19/4213).²⁶ In der Begründung dieses Antrags zur Entfristung der sogenannten 70-Tage-

¹⁷ Vollständige Gleichstellung und gerechte Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der Rente umsetzen – Mütterrente verbessern, 61. Plenarsitzung am 8.11.2018. ¹⁸ Plenarprotokoll 19/99 vom 10.5.2019. ¹⁹ Ebd. ²⁰ Das toxische Erbe der Wiedervereinigung, ARD, 13.1.2019, unter: <https://blog.ard-hauptstadtstudio.de/ostrenten-luecken-konzepte-101/>. ²¹ Vgl. Drs. 19/9972. ²² Rödel, Natalie: Ostdeutsche Identität: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben, Bundeszentrale für politische Bildung, 16.5.2020, unter: www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/269349/ostdeutsche-identitaet-zwischen-medialen-narrativen-und-eigenem-erleben. ²³ Bernhard, Henry: Vom Verdross an der Demokratie. «Wutbürger» im Osten Deutschlands, Deutschlandfunk, 2.1.2019, unter: www.deutschlandfunk.de/wutbuenger-im-osten-deutschlands-vom-verdross-an-der-724.de.html?dram:article_id=437277. ²⁴ Ebd. ²⁵ Gesetz zur Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung, 69. Plenarsitzung am 30.11.2018. ²⁶ Die 70-Tage-Regelung bei kurzfristiger Beschäftigung entfristen, 69. Plenarsitzung am 30.11.2018.

Regelung wird darauf hingewiesen, dass insbesondere Saisonarbeiter*innen in Gastronomie und Landwirtschaft von einer solchen Änderung profitieren würden und diese Gewerbezweige auf temporäre Beschäftigte angewiesen seien. Hier scheint der AfD, die ansonsten gern auf den großen Anteil von Facharbeitern in den eigenen Reihen verweist, der Schutz «einheimischer Arbeitnehmer*innen» vor Konkurrenz und Lohndumping nicht so wichtig zu sein. Denn bei niedrigqualifizierten Tätigkeiten dürfen Unternehmen auch auf auswärtige Arbeiter*innen zurückgreifen, solange diese dem deutschen Sozialsystem nicht zur Last fallen. Ob ein seit 2018 immer wieder verschobener, vor der «Corona-Krise» für April 2020 angekündigter, nun wohl nicht vor Herbst 2020 stattfindender Sozialparteitag der AfD diese Richtungskämpfe zwischen einem eher wirtschaftsliberalen Flügel und einem «sozialpatriotischen» Flügel beilegen kann, bleibt abzuwarten.

Ähnlich widersprüchlich verhält sich die AfD-Fraktion mit Bezug auf die Europäische Union. Nach außen kommuniziert die Partei, sie wolle «die Transferrunion aufkündigen und den Euroraum verlassen». ²⁷ Demnach scheint einer ihrer Anträge (Drs. 19/2127), ²⁸ der sich gegen einen Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Einrichtung einer europäischen Arbeitsbehörde richtet, konsequent. Die AfD sieht dadurch die Grundordnung der sozialen Marktwirtschaft gefährdet, «weil sie einen Eingriff in die nationalen Arbeits- und Sozialgesetze befürchtet». ²⁹ Sie beruft sich in ihrem Antrag auf eine «fehlende Rechtsgrundlage der geplanten Verordnung». Zugleich unterstützte die AfD-Fraktion einen Antrag der Bundesregierung, der nicht nur Änderungen in den Sozialgesetzbüchern (SGB) 9 und 12 vorsieht, sondern sich auch mit EU-Verordnungen wie etwa der Zertifizierung von technischen Geräten beschäftigt (Drs. 19/5456). ³⁰ Dazu erklärte Norbert Kleinwächter (Brandenburg): «Ich bin AfD-Abgeordneter, tätig vor allem im EU-Ausschuss, und normalerweise werde ich überflutet von Sachen, zu denen ich sage: Da hat die EU nichts zu suchen – Migration, Bildung, Verteidigungsthemen. Jetzt haben wir mal ein Durchführungsgesetz, zu dem ich sage: Ja, da hat die EU was zu suchen. Da ist es gut, dass es sie gibt.» ³¹ Die Veränderungen in den SGB werden zwar als nicht ausreichend betrachtet, dennoch stimmte die AfD – anders als etwa DIE LINKE, die ebenfalls weiterreichende Reformen angemahnt hatte – für den Antrag der Bundesregierung.

3.2 THEMENFELD WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Diesem Politikbereich sind insgesamt 46 Drucksachen zugeordnet. 14 davon, das heißt die meisten, gehen auf die Initiative von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück, zehn auf die Bundesregierung, jeweils sieben auf die Fraktion der FDP und DIE LINKE, drei auf die AfD und jeweils zwei auf die Fraktionen von CDU/CSU und SPD sowie zwei auf den Bundesrat. Darüber hinaus gab es einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU,

SPD, FDP und DIE LINKE, in dem es um die Einsetzung einer Enquete-Kommission «Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt» (Drs. 19/2979) ³² ging. Die Fraktionen blieben hier ihrem Vorsatz treu, keiner AfD-Initiative zuzustimmen und folglich auch keine Anträge gemeinsam einzubringen. Obwohl die AfD also von einer gemeinsamen Antragstellung ausgeschlossen blieb, stimmte sie diesem Antrag zu.

Im Politikfeld Wirtschaft und Energie unterstützte die AfD vier von zwölf Anträgen, also immerhin jede dritte Initiative der Regierung(sfraktionen). Hinzu kommt ihre Billigung des Beschlusses zur Einsetzung einer Enquete-Kommission. Außerdem fanden zwei von sieben Anträgen der FDP, drei von 14 Anträgen von B'90/Grünen und einer von sieben Anträgen der LINKEN die Zustimmung der AfD.

Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion

Initiator(in)	Ja	Nein	Enthaltung	Summe
Bundesrat	0	2	0	2
Bundesregierung	3	5	2	10
AfD	3	0	0	3
CDU/CSU, SPD	1	1	0	2
FDP	2	4	1	7
B'90/Grüne	3	10	1	14
DIE LINKE	1	6	0	7
CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE	1	0	0	1
Summe	14	28	4	46

Abstimmungsverhalten der AfD im Vergleich mit anderen Fraktionen

Im Vergleich stimmte die AfD in diesem Politikfeld in mehr als der Hälfte der Fälle mit der FDP und/oder den Regierungsfractionen, in etwas mehr als 40 Prozent mit der Linksfraktion und bei einem guten Viertel der Anträge mit B'90/Die Grünen.

Fraktion	AfD stimmt				Rest ³³	
	mit		entgegen-gesetzt zu			
CDU/CSU	25	54%	17	37%	4	9%
FDP	26	57%	14	30%	6	13%
B'90/Grüne	13	28%	18	39%	15	33%
SPD	25	54%	17	37%	4	9%
DIE LINKE	19	41%	17	37%	10	22%

²⁷ Vgl. «Themen & Positionen» der AfD zu Euro/Finanzen/EU unter: www.afd.de/euro-finanzen-eu/. ²⁸ Unvereinbarkeit des Verordnungsentwurfs der EU-Kommission über die Einrichtung einer europäischen Arbeitsbehörde (ELA) mit dem Subsidiaritätsprinzip, 33. Plenarsitzung am 17.5.2018. ²⁹ Vgl. hierzu den Beitrag «AfD lehnt EU-Arbeitsbehörde ab» im MitgliederMagazin der Partei AfD-Kompakt vom 15.5.2018 unter: <https://afdKompakt.de/2018/05/15/afd-lehnt-eu-arbeitsbehoerde-ab/>. ³⁰ Gesetz zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Union zur Bereitstellung von Produkten auf dem Markt und zur Änderung des Neunten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, 71. Plenarsitzung am 13.12.2018. ³¹ Plenarprotokoll 19/71 vom 13.12.2018. ³² Einsetzung einer Enquete-Kommission «Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt», 42. Plenarsitzung am 28.6.2018. ³³ Bei diesen Abstimmungen enthielt sich entweder die AfD oder die jeweils andere Fraktion.

Die parlamentarischen Aktivitäten der AfD im Themenfeld Energie beschränken sich auf Bemühungen, den von der Bundesregierung beschlossenen Kohleausstieg hinauszuzögern. Wie auch in anderen Bereichen vertritt die AfD hier eine dystopische bzw. apokalyptische Sichtweise. Dringend anstehende Veränderungs- und Modernisierungsprozesse werden mit der Begründung, sie schadeten der deutschen Gesellschaft, abgelehnt. So ist etwa ein von ihr eingereicherter Antrag mit «Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Ausstieg aus dem Kohleausstieg» überschrieben (Drs. 19/7720).³⁴ Als Partei, die den menschengemachten Klimawandel leugnet, polemisiert sie auch in ihrem Grundsatzprogramm gegen die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung. Mit Verweis auf die vermeintliche Einschränkung persönlicher und wirtschaftlicher Freiheiten heißt es dort: «Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf null gebracht werden. Die AfD sagt daher «Ja zum Umweltschutz», macht aber Schluss mit der «Klimaschutzpolitik» und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und «Transformation der Gesellschaft». CO₂-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.»³⁵

Auch in der Debatte zur «Rolle Europas in einer Welt des Umbruchs» zeichnet Alexander Gauland ein dystopisches Bild: «Unsere Eurokraten suchen für Europa nach einer Zukunftsvision. Allmählich beginnt man zu ahnen, wie sie aussehen soll: die Vereinigten Staaten von Europa als deindustrialisiertes, von Windrädern übersätes Siedlungsgebiet, in dem die nationalen Identitäten abgeschafft sind, das Einwanderern aus aller Welt offensteht, denen die europäischen Werte gleichgültig sind und die sich nicht in die europäischen Gesellschaften integrieren müssen, weil sie bestens in der jeweiligen Parallelgesellschaft integriert und aufgehoben sind, ein Erdteil, meine Damen und Herren, wo nur noch Elektroautos verkehren, wo Bargeld verboten, der Fleischverzehr limitiert ist und das korrekte Sozialverhalten der Bewohner auf unterschiedlichste Weise überwacht wird.»³⁶ Diesen Traum der so geschilderten «Vereinigten Staaten von Europa» träumen laut Gauland «viele Angehörige der politischen Klasse, der Wirtschaftseliten und eben auch linke Intellektuelle».³⁷ Es wird das Geheimnis von Gauland bleiben, warum etwa die «Wirtschaftseliten» sich ein «deindustrialisiertes» Europa herbeisehnen sollten.

Mit ihrer wirtschafts- und energiepolitischen Haltung liegt die AfD-Fraktion klar auf Linie der Bundespartei. In den Debatten kommt sie über die Kritik am Kohleausstieg und die Leugnung des menschengemachten Klimawandels inhaltlich und konzeptionell selten hinaus. Gleichwohl nutzt sie die Plenarsitzungen auch, um

von den eigentlichen Sachfragen abzulenken und sich selbst in den Mittelpunkt zu rücken. In der Debatte zur vom Bundesrat eingebrachten Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (Drs. 19/1320)³⁸ verwendete die AfD ihre Redezeit dafür, die Tötung eines jungen Mädchens politisch zu instrumentalisieren. So verkündete der AfD-Abgeordnete Thomas Seitz (Baden-Württemberg) laut Plenarprotokoll: «Die vorgesehene Redezeit widmen wir dem Gedenken an die in Wiesbaden tot aufgefundene Susanna; sie wurde 14 Jahre alt. Aus der Erde kommst du, und zur Erde wirst du werden.»³⁹ Eine bundesweite Medienaufmerksamkeit war der AfD damit garantiert.

Solche Inszenierungen richten sich immer auch an die eigene Wählerschaft. Diese wird über eigene Videoclips oder Aufbereitungen der Plenarsitzungen direkt adressiert. Dies geht in Teilen so weit, dass die eigene Rolle als Parlamentarier außen vorgelassen wird, um sich mit den «Menschen auf der Straße» gemein zu machen. Ein Beitrag des AfD-Abgeordneten Hansjörg Müller (Bayern) zur Diskussion über die Verabschiedung zu einem Freihandelsabkommen verdeutlicht dies sehr anschaulich: «Zum Antrag der Grünen, JEFTA fair nachzuverhandeln. Es ist korrekt: 1.000 Seiten Vertragstext hätten husch, husch durchgewunken werden sollen, damit wir Bürger nichts davon mitbekommen. So geht es nicht. Insofern unterstützen wir den Antrag, das JEFTA-Abkommen, jetzt fair nachzuverhandeln. Sonst bleibt mir nur noch zu sagen: Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Regierung Merkel zurücktreten sollte.»⁴⁰

Bei Wirtschaftsfragen ist festzustellen, dass die AfD stets bemüht ist, Zusammenhänge zum Thema Migration herzustellen. In einem ihrer Anträge (Drs. 19/7039)⁴¹ spricht sich die AfD dafür aus, dass die Bundesregierung trotz des verhängten Ausfuhrstopps für Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien die Auslieferung von Patrouillenbooten dorthin genehmigen soll. In der zynischen Begründung heißt es: «Die weiterhin ungelöste Migrationskrise erlebt auf dem Mittelmeer fortgesetzt neue Höhepunkte. Rund 1.600 Menschen kamen allein 2018 bisher beim Versuch der illegalen Einreise nach Europa über die Mittelmeerroute ums Leben. Es ist daher extrem wichtig, dass die Mittelmeerroute ein für alle Mal geschlossen wird. Die Patrouillenboote sind von ihrer Bauart her geeignet, in Seenot und in Lebensgefahr geratene Migranten schnell und sicher aufzunehmen und sie an ihren Ausgangsort zurückzubringen. Ein Einsatz im Mittelmeer für die Küstenwachen Tunesiens und Libyens wäre sinnvoll. Auf diese Weise könnten tausende von Menschen gerettet werden.»

³⁴ Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Ausstieg aus dem Kohleausstieg, 108. Plenarsitzung am 28.6.2019. ³⁵ Vgl. AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 157. ³⁶ Plenarprotokoll 96/19 vom 12.4.2019. ³⁷ Ebd. ³⁸ Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, 37. Plenarsitzung am 8.6.2018. ³⁹ Plenarprotokoll 19/37 vom 8.6.2018. ⁴⁰ Plenarprotokoll 19/39 vom 14.6.2018. ⁴¹ Rechtssicherheit für Unternehmen – Aufträge durch verhängte Ausfuhrstopps durch die Bundesrepublik Deutschland übernehmen, 102. Plenarsitzung am 17.5.2019.

Inhaltliche Schnittmengen zeigen sich im Wirtschaftsbereich erneut mit der FDP-Fraktion. Die AfD unterstützte im Untersuchungszeitraum zwei Anträge der Liberalen. In der Debatte zum FDP-Antrag «Eigenverantwortung von Staaten und Banken stärken – Vergemeinschaftung von Einlagenrisiken verhindern» (Drs. 19/2525)⁴² forderte die AfD: «Wir wollen einen 100-prozentigen Schutz der Bankeinlagen durch die Banken selbst, nicht durch den Staat; denn der Staat sind wir selber, und wir können doch nicht für uns selbst haften. Das haut so nicht hin. Wir wollen, dass der Staat voll und ganz, zu 100 Prozent, aus der Haftung herausgenommen wird, genauso wie der Bürger, der die Gelder eingelegt hat.»⁴³ Ein weiterer Antrag der FDP (Drs. 19/10156)⁴⁴ berührt die wirtschaftlichen Interessen von Angestellten und Arbeiter*innen. Die AfD-Fraktion stimmte für die hier erhobene Forderung, den Postmarkt zu liberalisieren und die Post AG weiter zu privatisieren. Als DIE LINKE in derselben Sitzung feststellte, Portoerhöhungen, die sich nicht mit allgemeinen Preissteigerungen begründen lassen, seien nur zu dann zu rechtfertigen, «wenn damit die Löhne für die Beschäftigten der Deutschen Post erhöht werden, die Postinfrastruktur erhalten und ausgebaut oder für eine verbesserte Zustellqualität gesorgt wird», lehnte die AfD deren Forderungen ab.

Anders bei Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Hier stimmte die AfD dreimal zu, was erneut auf die bereits erwähnten Unstimmigkeiten in der Bundestagsfraktion verweist. Besonders deutlich wird dies bei der von den Grünen eingereichten Drs. 19/2696⁴⁵ mit der Überschrift «Keine Zustimmung in dieser Form – JEFTA fair nachverhandeln». In der Debatte gab der AfD-Abgeordnete Hansjörg Müller zu Protokoll: «Die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die Wirtschaft.» Letztlich geht es der AfD darum, internationale Handelsabkommen zu verhindern, sofern sie nicht 100-prozentig deutschen Interessen entsprechen. Man befürwortet zwar ganz allgemein den Freihandel, aber nur wenn die Prämisse gilt «Deutschland zuerst». «Wir als freiheitliche Partei positionieren uns im Interesse der Exportnation Deutschland ganz klar und eindeutig für freien Handel und freies Unternehmertum», so Müller.⁴⁶ Freier Handel zeichnet sich nach seiner Ansicht dadurch aus, «dass er nicht behindert wird, weder durch Zölle noch durch Quoten und auch nicht durch nicht tarifäre bürokratische Hemmnisse».⁴⁷

In ihrem Grundsatzprogramm richtet sich die AfD in marktradikaler Manier gegen jegliche Einmischung von außen und sieht Handelsabkommen allein in nationalstaatlicher Verantwortung. «In jedem Falle liegen Abkommen, die etwa durch Investitionsschutzregeln oder Bestrebungen zur regulatorischen Harmonisierung über reine Handelsabkommen hinausgehen, in nationaler Kompetenz. Nur durch Beteiligung des Bundestages ist eine ausreichende demokratische Legitimation gewährleistet.»⁴⁸

3.3 THEMENFELD INNERES UND HEIMAT

Erwartbar ethnisiert die AfD gerade im Themenfeld Inneres reale, empfundene oder behauptete Problemlagen und versucht, diese rassistisch aufzuladen. Schon in der Einleitung des entsprechenden Abschnitts im Grundsatzprogramm heißt es: «Die AfD fordert daher einen «sicherheitspolitischen Befreiungsschlag», um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung.»⁴⁹ Den gesamten Diskurs um Innere Sicherheit und Kriminalität versucht die AfD immer wieder mit Migrant*innen in Verbindung zu bringen und dabei besonders die sogenannten Altparteien für die aktuelle Lage verantwortlich zu machen. «Nicht nur im Schlepptau der unregulierten Massenzuwanderung steigt die Kriminalität an. Gleiches gilt hinsichtlich fehlender Grenzkontrollen zu einigen östlichen EU-Mitgliedsstaaten. Doch Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund der Tatverdächtigen bzw. Täter werden aus politischen Gründen kaum geführt, geheim gehalten oder geschönt.»⁵⁰ Diese Behauptung ist falsch. Bereits seit 2015 veröffentlicht das Bundeskriminalamt mit dem «Lagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung» hierzu regelmäßig Informationen.

Insgesamt wurde im Themenbereich Inneres und Heimat das Abstimmungsverhalten zu 56 Drucksachen untersucht. Sechs von den Anträgen gehen auf die AfD-Fraktion zurück. Das sind, wie zu erwarten war, deutlich mehr Initiativen als in den anderen untersuchten Politikfeldern. Zugleich blieb auch hier die AfD deutlich hinter den Aktivitäten der anderen Parteien zurück.

Auffällig ist, dass die AfD als vermeintlich größte Kritikerin der Bundesregierung im Untersuchungszeitraum gleich 13 von 22 von ebendieser Regierung eingereichten Drucksachen unterstützte und damit weit vor allen anderen Oppositionsfraktionen liegt. Die größten inhaltlichen Differenzen zeigten sich gegenüber den Oppositionsparteien Bündnis 90/Grüne bzw. DIE LINKE. Diese hatten zusammen 17 Drucksachen zu verantworten, von denen die AfD 15 ablehnte und sich zweimal enthielt. Dies lässt sich in erster Linie mit diametral entgegengesetzten Positionen in Fragen der Migration begründen. Die AfD lehnte darüber hinaus einen gemeinsamen Antrag von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE sowie fünf Anträge der FDP ab, bei zwei weiteren Anträgen der FDP enthielt sich die Rechtsaußen-Partei, drei Anträgen der Liberalen stimmte sie zu.

⁴² Eigenverantwortung von Staaten und Banken stärken – Vergemeinschaftung von Einlagenrisiken verhindern, 37. Plenarsitzung am 8.6.2018. ⁴³ Plenarprotokoll 19/37 vom 8.6.2018. ⁴⁴ Fairer Wettbewerb auf dem Postmarkt – Sondergutachten der Monopolkommission respektieren, 107. Plenarsitzung am 27.6.2019. ⁴⁵ Keine Zustimmung in dieser Form – JEFTA fair nachverhandeln, 39. Plenarsitzung am 14.6.2018. ⁴⁶ Plenarprotokoll 19/39 vom 14.6.2018. ⁴⁷ Ebd. ⁴⁸ Vgl. AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 135. ⁴⁹ Vgl. ebd., S. 47 ff. ⁵⁰ Vgl. ebd., S. 127.

Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion

Initiator(in)	Ja	Nein	Enthaltung	Summe
Bundesrat	0	0	0	0
Bundesregierung	11	7	1	19
AfD	6	0	0	6
CDU/CSU, SPD	2	1	0	3
FDP	3	5	2	10
B'90/Grüne	0	6	2	8
DIE LINKE	0	9	0	9
FDP, DIE LINKE, B'90/Grüne	0	1	0	1
Summe	22	29	5	56

Abstimmungsverhalten der AfD im Vergleich mit anderen Fraktionen

Im Bereich Inneres und Heimat stimmte die AfD in fast zwei Dritteln der Fälle mit den Regierungsfractionen, in rund der Hälfte der Fälle mit der FDP und rund einem Drittel der Fälle mit B'90/Grünen und der LINKEN.

Fraktion	AfD stimmt				Rest ⁵¹	
	mit		entgegen-gesetzt zu			
CDU/CSU	34	61 %	17	30 %	5	9 %
FDP	27	48 %	17	30 %	12	22 %
B'90/Grüne	18	32 %	26	46 %	12	22 %
SPD	34	61 %	17	30 %	5	9 %
DIE LINKE	21	37 %	28	50 %	7	13 %

Die hohe Zustimmung insbesondere zu Anträgen der Bundesregierung mag auf den ersten Blick überraschen. Ist es doch gerade die AfD, die in der Öffentlichkeit am heftigsten gegen die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung und besonders die Person Angela Merkel agitiert. Im Grundsatzprogramm heißt es dazu: «Fehlentwicklungen im Asyl- und Einwanderungsbereich sollen um eines befürchteten Umschwungs der öffentlichen Meinung willen nicht zur Sprache kommen; gleichzeitig soll vom völligen Versagen der Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre durch die herrschenden Parteien abgelenkt werden. Eine offene Diskussion wird damit verhindert.»⁵²

Tatsächlich lässt sich die Zustimmung der AfD-Fraktion auf zwei Umstände zurückführen. So argumentiert die Partei in erster Linie damit, dass die Bundesregierung Forderungen der AfD nach einer Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts aufgegriffen habe und somit auf dem richtigen Weg sei. «AfD wirkt, meine sehr verehrten Damen und Herren!»,⁵³ heißt es immer wieder. Die AfD bewegt sich nach dieser Lesart also weiterhin im Rahmen ihres Grundsatzprogramms. Die dort erhobenen Forderungen werden auch immer wie-

der in den Plenardebatten vertreten, so beispielsweise von der AfD-Abgeordneten Beatrix von Storch (Berlin): «Wir müssen den Familiennachzug für die Subsidiären abschaffen, wir müssen die Grenzen kontrollieren und wir müssen die ganzen illegalen Migranten an der Grenze zurückweisen.»⁵⁴ Ein weiterer Grund für die hohen Zustimmungswerte mag mit dem Konflikt innerhalb der Union über eine mögliche Zusammenarbeit mit der AfD zusammenhängen, der nicht erst seit der Thüringer Ministerpräsidentenwahl schwelt. Insbesondere in Teilen der CDU/CSU-Basis sowie auf kommunaler Ebene wird die Forderung nach einer Kooperation lauter und hat damit in der Union mehr oder weniger ausgeprägte Flügelkämpfe ausgelöst. Für von Storch scheint der Unterschied zwischen AfD und CDU nur noch gering zu sein: «Wir sagen: «Merkel muss weg», und Sie denken: «Merkel muss weg» – aber die Gedanken sind frei.»⁵⁵ Auch die Zustimmung der AfD zum FDP-Antrag über die Ausweitung der Liste von sicheren Herkunftsstaaten (Drs. 19/957)⁵⁶ erscheint somit folgerichtig.

Des Weiteren setzt die AfD gerade im Bereich Inneres auf die bereits für sie bewährte Strategie, Migrant*innen für alle Missstände verantwortlich zu machen und somit gegen andere Personengruppen auszuspielen. Exemplarisch hierfür sei hier das Statement des AfD-Abgeordneten Detlef Spangenberg (Sachsen) in einer Plenardebatte zitiert: «Wir reichen Geld an Hunderttausende Fremde aus, die meist keinen Anspruch darauf haben, anstatt die Menschen zu ehren, die zum Sturz des SED-Regimes beigetragen haben.»⁵⁷

Es lässt sich darüber hinaus ein weiteres Muster der AfD-Rhetorik erkennen. Es geht darum, der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation diktatorische Züge zuzuschreiben. Bereits im Grundsatzprogramm der AfD heißt es dazu: «Gerade beim politischen Thema Asyl und Einwanderung verantwortet ein ideologisch vergiftetes Klima der ‚politischen Korrektheit‘ Sprachverbote und Sprachregelungen. Verstöße führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien.»⁵⁸ Über dieses Narrativ soll eine Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit der DDR erfolgen, um die Singularität der nationalsozialistischen Herrschaft in extremismuskonformer Form zu bestreiten. Gleichzeitig zielt dieser Versuch auch darauf ab, DIE LINKE als «SED-Nachfolgepartei» zu diskreditieren und damit sowohl eine ostdeutsche Identität zu adressie-

⁵¹ Bei diesen Abstimmungen enthielt sich entweder die AfD oder die jeweils andere Fraktion. ⁵² Vgl. AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 114. ⁵³ Damaliger AfD-MdB Lars Herrmann laut Plenarprotokoll 19/61 vom 8.11.2018. ⁵⁴ Plenarprotokoll 19/40 vom 15.6.2018. ⁵⁵ Ebd. ⁵⁶ Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes – Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten, 58. Plenarsitzung am 18.10.2018. ⁵⁷ Plenarprotokoll 19/108 vom 28.6.2019. ⁵⁸ Vgl. AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 114.

ren als auch antikommunistische Reflexe im Westen zu bedienen. In der Debatte eines Antrags der CDU/CSU und SPD zur «Aufarbeitung der Zwangsadoption in der SBZ/DDR 1945–1989» (Drs. 19/11091)⁵⁹ heißt es entsprechend: «Der vorliegende Gesetzentwurf ist uneingeschränkt zu begrüßen. Es handelt sich hier um die Aufarbeitung von Maßnahmen einer linken Diktatur der Partei der ehemaligen DDR, der SED.»

Die Erzählung von einer aktuell in der Bundesrepublik existierenden Diktatur ermöglicht der AfD zweierlei: Erstens kann sie sich selbst als ihr Opfer inszenieren, zweitens kann sie sich als Verfechterin von Meinungs- und anderen Freiheiten profilieren. Die AfD nutzt entsprechende Debatten im Bundestag, um sich als Verfolgte zu gerieren und die bekannte Opferrolle zu bedienen: «Die SED hat mit Hass und Hetze und Haft politisch andersdenkende Bürger bedacht, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen eines nicht ersparen: Was wir gestern hier im Zusammenhang mit dem Mord am Regierungspräsidenten Lübcke im Plenum hören mussten, war ungeheuerlich. Eine demokratisch gewählte Partei, die AfD – fest stehend auf dem Boden des Grundgesetzes –, nicht nur mit diesem Verbrechen in Verbindung zu bringen, sondern sie dafür auch verantwortlich zu machen, unterscheidet sich nicht von den Methoden der SED, andere Leute zu diffamieren.»⁶⁰

In letzter Konsequenz geht es der AfD wie allen Parteien darum, Diskurshoheit zu erlangen. Sie proklamiert aber in inflationärem Maße eine Gefährdung der Meinungsfreiheit. Um die Diskurshoheit zu erreichen, setzt sie auch im parlamentarischen Rahmen die Angriffe gegen ihr nicht genehme Projekte oder Initiativen fort. In einem ihrer Anträge (Drs. 19/4841)⁶¹ fordert die AfD, «mit sofortiger Wirkung jegliche finanzielle Zuwendung für die re:publica durch den Bund und seine Behörden zu streichen». Als Grund reicht ihr der Hinweis, dass Soldat*innen in Uniform der Zugang zur Konferenz verwehrt werden sollte. Sie verweist auf den angeblichen Widerspruch bei den Veranstaltern zwischen Offenheit und Diversität einerseits und dem Ausschluss bestimmter Gruppen und Positionen andererseits. Letztlich zielt ihre Programmatik jedoch auf die Abschaffung der Meinungsfreiheit, da sie alles als antidemokratisch diffamiert, was nicht ihrer Meinung entspricht.

3.4 THEMENFELD FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Die wenigsten Drucksachen wurden im Bereich, die dem Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuzurechnen sind, eingereicht. Insgesamt handelt es sich hierbei um elf Dokumente, von denen Bündnis 90/Die Grünen drei, die Bundesregierung, FDP und DIE LINKE jeweils zwei sowie CDU/CSU und SPD bzw. AfD jeweils eins zu verantworten haben.

In diesem Politikfeld stimmte die AfD neben ihrem einzigen eigenen Antrag nur einem weiteren der Bundesregierung zu.

Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion

Initiator(in)	Ja	Nein	Enthaltung	Summe
Bundesrat	0	0	0	0
Bundesregierung	1	0	1	2
AfD	1	0	0	1
CDU/CSU, SPD	0	1	0	1
FDP	0	1	1	2
B'90/Grüne	0	2	1	3
DIE LINKE	0	1	1	2
Summe	2	5	4	11

Abstimmungsverhalten der AfD im Vergleich mit anderen Fraktionen

Beim Vergleich des Abstimmungsverhaltens der AfD und der anderen Fraktionen fällt auf, dass es bei der Familienpolitik offenbar größere inhaltliche Differenzen als bei anderen Themen gibt. Die geringste Übereinstimmung lässt sich mit der FDP und der LINKEN feststellen.

Fraktion	AfD stimmt				Rest ⁶²	
	mit		entgegen-gesetzt zu			
CDU/CSU	5	46%	2	18%	4	36%
FDP	3	27%	2	18%	6	55%
B'90/Grüne	4	36%	3	27%	4	36%
SPD	5	46%	2	18%	4	36%
DIE LINKE	3	27%	3	27%	5	46%

Betrachtet man die inhaltlichen Beiträge der AfD zum Thema Familienpolitik im Bundestag, zeigt sich, dass die AfD auch hier versucht, Inhalte zu platzieren, die sich gegen Geflüchtete richten. Deutlich wird dies an ihrem – in diesem Politikfeld einzigen – Antrag «Obligatorische Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge» (Drs. 19/471).⁶³ Dieser Änderungsantrag zu einer Asylrechtsverschärfung der Bundesregierung zielt darauf ab, Fingerabdrücke von Menschen zu nehmen, die zum Zeitpunkt der Widerrufsprüfung im Asylverfahren das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Hierzu äußerte sich der damalige AfD-Abgeordnete Lars Herrmann (Sachsen) folgendermaßen: «Und als ob das alles an Lob und Freude nicht reichen würde, hat die Bundesregierung auch noch unsere Forderung übernommen, den Ermessensspielraum über die Ausübung des Verwaltungszwangs einzuschränken. Damit ist das BAMF [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge] künftig dazu angehalten, den Verwaltungszwang als Regel zur Anwendung zu bringen und nicht nur als Ausnahme. AfD wirkt, meine sehr verehrten Damen und Herren!»⁶⁴.

⁵⁹ Aufarbeitung Zwangsadoption in der SBZ/DDR 1945–1989, 108. Plenarsitzung am 28.6.2019. ⁶⁰ Plenarprotokoll 19/108 vom 28.6.2019 ⁶¹ Finanzielle Unterstützung der Konferenz re:publica, 55. Plenarsitzung am 11.10.2018. ⁶² Bei diesen Abstimmungen enthielt sich entweder die AfD oder die jeweils andere Fraktion. ⁶³ Obligatorische Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, 61. Plenarsitzung am 8.11.2018. ⁶⁴ Plenarprotokoll 19/61 vom 8.11.2018

In den sonstigen Aktivitäten der AfD im Bereich Familienpolitik kommen in erster Linie ihre traditionellen Vorstellungen von Ehe und Familie zum Ausdruck. Diese sieht die AfD aufgrund verschiedener Entwicklungen gefährdet, explizit werden auf Diversität setzende pädagogische Konzepte und feministische Gesellschaftsentwürfe genannt. Im Grundsatzprogramm heißt es dazu: «Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des «Gender-Mainstreaming»-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die «nur» Mutter und Hausfrau sind.»⁶⁵ Stringent ihrer antifeministischen Grundhaltung folgend, wird von der AfD grundsätzlich keine geschlechterinklusive Sprache verwendet.

Zugestimmt hat die AfD einem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetz zu Freiwilligendiensten (Drs. 19/7839).⁶⁶ Jugendlichen unter 27 Jahren soll die Möglichkeit gegeben werden, einen Freiwilligendienst aus persönlichen Gründen in Teilzeit zu absolvieren. Dies kommentierte die AfD-Abgeordnete Nicole Höchst (Rheinland-Pfalz) mit den Worten: «Familien werden durch das Teilzeitangebot entlastet. So weit, so gut. Natürlich gibt es auch Punkte, die wir kritisieren.

Allen voran ist die haltungsethisch links-grün dominierte pädagogische Zwangsbegleitung zu nennen. Sie ist getragen von einem Misstrauen gegenüber der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt in Vereinen, Institutionen und Elternhäusern. Das ist einer Demokratie, die etwas auf sich hält, unwürdig und erinnert eher an die Ideologieverfestigungsstrategien von Diktaturen.»⁶⁷

Auch wenn die Aussagekraft der Datenauswertung für das Themenfeld Familienpolitik aufgrund der geringen Zahl der eingebrachten Drucksachen eher beschränkt ist, kann festgehalten werden, dass insbesondere die Bereiche Familie und Gender ideologische Kernthemen der AfD darstellen. Hierzu schreibt der Politikwissenschaftler Gerd Wiegel: «Während die konservativ geprägte bürgerliche Rechte in der AfD, die teilweise christlich-fundamental orientiert ist, vor allem auf tradierte Rollenmuster und die Familie als Keimzelle des Staates setzt, spielen für den völkischen Teil bevölkerungspolitische Aspekte, der Zugriff auf die Reproduktion des Lebens und auch Formen des Maskulinität eine wichtige Rolle.»⁶⁸ Die Positionen der unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der Partei sind hier im Gegensatz zu anderen Themen wenig umstritten. Deswegen bilden reaktionäre familienpolitische und antifeministische Haltungen und Forderungen nicht nur eine einigende Klammer, sondern reichen weit in konservative und andere rechte Kreise hinein.

⁶⁵ Vgl. AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 80. ⁶⁶ Gesetz zur Einführung einer Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres, 90. Plenarsitzung am 22.3.2019. ⁶⁷ Plenarprotokoll 19/690 vom 22.3.2019 ⁶⁸ Wiegel, Gerd: Heilige Scheiße. Die Familien- und Geschlechterpolitik der AfD, in: LuXemburg Online, September 2018, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-familien-und-geschlechterpolitik-der-afd/.

4 FAZIT

Insgesamt bestätigten sich die Vorannahmen im Rahmen der Arbeit in der vorliegenden Auswertung weitgehend. Das Agieren der AfD im Bundestag zeichnet sich nicht durch die oft behauptete Fundamentalopposition aus. Auch wenn sie mit ihrem oftmals provokanten und populistischen Auftreten das parlamentarische Klima zum Negativen verändert hat, bleibt festzustellen, dass sich die AfD-Fraktion mittlerweile im Bundestag etabliert hat. Ihr Wirken scheint in Teilen weniger ideologisch denn durch einen «parlamentarischen Pragmatismus» geprägt zu sein. So begründet die AfD auch selbst ihre häufige Zustimmung zu Inhalten und Anliegen der anderen Parteien. Gleichzeitig beschreibt sie sich jedoch als einzige Alternative zu den sogenannten Altparteien, die sie als einheitlichen Block darzustellen und zu verunglimpfen sucht. Was auf den ersten Blick wie ein Widerspruch erscheint, ergibt strategisch durchaus Sinn.

Trotz der aggressiven Rhetorik gegen die Bundesregierung und insbesondere Kanzlerin Angela Merkel gibt es die höchsten Zustimmungswerte der AfD bei Anträgen, die von dieser Bundesregierung bzw. der sie tragenden Fraktionen CDU/CSU und SPD in den Bundestag eingebracht werden. Die größten inhaltlichen Übereinstimmungen gibt es hingegen mit Positionen der FDP. Bei sozial- und wirtschaftspolitischen Themen sind Zustimmungen zu Regierungs- oder FDP-Anträgen angesichts der parteipolitischen Vergangenheit vieler heutiger AfD-Funktionär*innen wenig überraschend. Die größten Differenzen gibt es erwartungsgemäß zu den Fraktionen von B'90/Grünen und der LINKEN, insbesondere im Themenfeld Inneres und Heimat.

Während die anderen Oppositionsparteien im Untersuchungszeitraum mit eigenen Anträgen und Vorschlägen inhaltlich in Debatten eingriffen, hielt sich die AfD-Fraktion in den vier betrachteten Themenfeldern mit solchen Initiativen zurück. Ihr reicht es häufig aus, lediglich öffentlichkeitswirksam zu polemisieren oder zu kritisieren. Tatsächlich bemüht sich die AfD nur in den seltensten Fällen darum, wirklich alternative Politikangebote zu unterbreiten oder eigene Antworten auf aktuelle politische Herausforderungen zu geben. Die auch nach der Einarbeitungsphase zu Beginn der Legislatur relativ wenigen eigenen Anträge oder die von einigen immer wieder kritisierte mangelhafte Präsenz der AfD-Abgeordneten im Plenum⁶⁹ sollten – da es diese Kritik vonseiten der Medien auch den anderen Fraktionen gegenüber gibt – jedoch nicht zu der falschen Schlussfolgerung führen, die AfD-Fraktion sei faul. Andere parlamentarische Mittel (wie etwa Anfragen) nutzt

sie ähnlich intensiv wie die übrigen Oppositionsparteien. In einigen Landesparlamenten, aber auch Kommunalvertretungen, stellt die AfD sogar deutlich häufiger Anfragen als andere Fraktionen. Auch dabei geht es der AfD – wie anderen extrem rechten Parteien wie Die Republikaner, Deutsche Volksunion (DVU) oder Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in vergangenen Jahrzehnten – vor allem darum, vorhandene Feindbilder zu bestätigen. Nicht nur im Bundestag ist sie sehr rege dabei, ihre Arbeit etwa mittels geposteter Videoclips oder Memes⁷⁰ über die verschiedenen Social-Media-Kanäle zu streuen. Und die Zahl der selbsternannten «Alternativmedien», die derlei aufgreifen, wächst ständig, auch die der AfD-eigenen.⁷¹

Dabei versucht die AfD, die unterschiedlichsten Inhalte mit bestimmten Narrativen und Argumenten zu verknüpfen und aufzuladen, die für ihre (öffentliche) Selbstdarstellung von zentraler Bedeutung sind. Zu diesem Selbstbild gehört, die Interessenvertretung «der kleinen Leute» zu sein. Mit der häufigen Ansprache (realer oder imaginierter) ostdeutscher Interessen bzw. einer ostdeutschen Identität geriert sie sich als «Kümmerer-Partei» für ihre Stammwählerschaft in den «neuen» Bundesländern. Wann immer es geht, bemüht sie sich zudem, über das Thema Migration rassistische Einstellungen zu bedienen und mit ihren rhetorischen Angriffen auf das parlamentarische System und das «Altparteienkartell» Stimmung zu machen. Dass sie damit Rassismus und Verächtlichmachung ganzer Personengruppen (Muslime) ins Parlament trägt und immer wieder Versuche unternimmt, den Parlamentarismus der Lächerlichkeit preiszugeben, entspricht der Erwartung eines Großteils ihrer Wähler*innen.

Von daher sind ihre provokanten Auftritte und sprachlichen Tabubrüche vor allem als ein Signal an ihre Wähler*innen zu verstehen, denen die AfD weiterhin demonstrieren will, dass sie nicht gewillt ist, sich dem parlamentarischen Betrieb anzupassen. Allgegenwärtig ist außerdem die für die extreme Rechte typische Kombination aus Größenwahn («Wir werden die Regierung jagen!») und Verfolgungswahn (Opferrolle).

Festzuhalten ist, dass die AfD bisher zu keinem einzigen ihrer Anträge Zustimmung aus den anderen Fraktionen bekam. Der Blick auf viele Kommunalvertretungen und Landesparlamente zeigt aber, dass sich Antifaschist*innen nicht auf diese Abgrenzung verlassen dürfen. Die Entwicklungen und Ereignisse in Thüringen oder Sachsen-Anhalt lassen diesbezüglich für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

⁶⁹ Steffen, Tilman: AfD im Bundestag: Leeres Versprechen gegen leere Reihen, in: Zeit-Online, 26.04.2018, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/afd-bundestag-praesenz-anwesenheit-aenderung-parlamentsregeln. ⁷⁰ Memes sind mit wenigen Buchstaben oder Worten versehene, teilweise animierte Bilder, mit denen einfache Botschaften vermittelt werden sollen. ⁷¹ Giesbers, Tilo: Vom Mitgliedsblatt bis zum Comic: Mit höchst unterschiedlichen Publikationen versucht die «Alternative für Deutschland» Stimmung zu machen, in: der rechte rand, Mai/Juni 2018, unter: www.der-rechte-rand.de/archive/3666/afd-publikationen/.

ANHANG

Liste der in die Untersuchung einbezogenen Bundestagsdrucksachen:

19/29; 19/31; 19/48; 19/96; 19/103; 19/220; 19/434;
 19/462; 19/471; 19/588; 19/591; 19/830; 19/858;
 19/859; 19/931; 19/932; 19/957; 19/958; 19/962;
 19/975; 19/983; 19/1005; 19/1006; 19/1192; 19/1320;
 19/1339; 19/1342; 19/1369; 19/1687; 19/1699;
 19/1702; 19/1711; 19/1828; 19/1829; 19/1849;
 19/1852; 19/1854; 19/2072; 19/2108; 19/2127;
 19/2438; 19/2509; 19/2511; 19/2512; 19/2515;
 19/2521; 19/2523; 19/2525; 19/2593; 19/2691;
 19/2696; 19/2702; 19/2733; 19/2739; 19/2765;
 19/2767; 19/2979; 19/3031; 19/3109; 19/3164;
 19/3373; 19/3452; 19/3828; 19/3829; 19/3830;
 19/4116; 19/4117; 19/4213; 19/4216; 19/4456;
 19/4457; 19/4458; 19/4468; 19/4469; 19/4522;
 19/4525; 19/4531; 19/4548; 19/4668; 19/4669;
 19/4674; 19/4722; 19/4725; 19/4828; 19/4841;
 19/4843; 19/4948; 19/5055; 19/5070; 19/5116;
 19/5314; 19/5315; 19/5412; 19/5414; 19/5419;
 19/5422; 19/5456; 19/5523; 19/5524; 19/5526;
 19/5534; 19/5565; 19/5601; 19/5611; 19/6162;
 19/6167; 19/6168; 19/6468; 19/6479; 19/6541;
 19/6542; 19/6547; 19/7039; 19/7065; 19/7139;
 19/7375; 19/7376; 19/7425; 19/7451; 19/7479;
 19/7504; 19/7696; 19/7720; 19/7733; 19/7839;
 19/7904; 19/7914; 19/7915; 19/8036; 19/8038;
 19/8225; 19/8265; 19/8285; 19/8286; 19/8460;
 19/8461; 19/8615; 19/8616; 19/8692; 19/8693;
 19/8752; 19/8953; 19/8965; 19/9025; 19/9052;
 19/9228; 19/9230; 19/9273; 19/9477; 19/9478;
 19/9490; 19/9736; 19/9737; 19/9764; 19/9766;
 19/9769; 19/9855; 19/9920; 19/9924; 19/9963;
 19/10047; 19/10052; 19/10053; 19/10149; 19/10150;
 19/10156; 19/10245; 19/10290; 19/10422; 19/10506;
 19/10518; 19/10522; 19/10527; 19/10712; 19/10713;
 19/10715; 19/11091; 19/11197

Suchmaske: <https://pdok.bundestag.de/index.php>

